

N I E D E R S C H R I F T

über die 8. Sitzung des Schul- und Sportausschusses der Stadt Gummersbach am 08.03.2011 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Schul- und Sportausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Schul- und Sportausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitzender Thorsten Konzelmann

Stimmberechtigte Mitglieder

2. stellv. Bürgermeister Thorsten Konzelmann

Stadtverordneter Klaus Leesch

Stadtverordneter Bajrus Saliu

Stadtverordneter Tim Bubenzer

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordneter Rainer Sülzer

Stadtverordneter Andreas Guist

Stadtverordneter J. Werner Hannemann

Stadtverordnete Elke Wilke

(als Vertretung für Stv. Andrea Molitor)

Stadtverordneter Klaus Heinen

Sachkundige Bürger

Sachkundiger Bürger Ralf Redeker

Sachkundige Bürgerin Jutta Becker

Sachkundiger Bürger Hans-Peter Lecht

Sachkundiger Bürger Andreas Dißmann

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Sachkundige Bürger

Sachkundige Einwohnerin Emine Kayadibi

(als Vertretung für Riza Tokmak)

Verwaltung

Bürgermeister Frank Helmenstein

Beigeordneter Peter Thome

StOAR. Frank Hüttenbreucker

StOI. Peter Gold

Die Niederschrift führt: StOI. Peter Gold

Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung:	18:45 – 19:03 Uhr
Sitzungsende:	20:06 Uhr

T a g e s o r d n u n g :

Öffentlicher Teil :

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung**
- TOP 2 1251/2011**
Anmeldeverfahren zu den weiterführenden Schulen der Stadt Gummersbach für das Schuljahr 2011/2012
- TOP 3 1249/2011**
Fortschreibung des städtischen Schulentwicklungsplanes der Schuljahre 2010/2011 bis 2015/2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2024
- TOP 4 1248/2011**
Einführung von SchülerTickets bei der Stadt Gummersbach
- TOP 5 Mitteilungen**

Nicht öffentlicher Teil :

- TOP 6 1250/2011**
Empfehlung der Arbeitsgruppe Sportlerehrung / Sport-Ehrenamtspreis über die Auswahl der zu Ehrenden
- TOP 7 Mitteilungen**

Öffentlicher Teil :**TOP 1****Niederschrift der letzten Sitzung**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 2**1251/2011****Anmeldeverfahren zu den weiterführenden Schulen der Stadt Gummersbach für das Schuljahr 2011/2012**

Herr Thome erläutert die Schülerzahlen anhand der Vorlage und zieht ein für die Stadt Gummersbach positives Resumé der Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen. Insbesondere erwähnt er die guten Anmeldezahlen für die Gemeinschaftshauptschule Gummersbach Strombach, dem Gymnasium Grotenbach, der Realschule Hepel und der Gesamtschule Derschlag.

Zu der aktuellen Anmeldezahl des Gymnasiums Moltkestraße von aktuell 57 Schülern teilt Herr Thome mit, dass hier bereits Gespräche zwischen der Schulleitung, den Elternpflegschaftsvorsitzenden des Gymnasiums Moltkestraße und dem Verwaltungsvorstand stattgefunden haben. Weitere Gespräche sind hierbei geplant.

Während die Gemeinschaftshauptschule Strombach auf Anhieb den notwendigen Zug für eine zukünftige Verbundschule erreichen konnte, mussten im Bereich der Realschulen Umverteilungen des Überhangs der Realschule Hepel hin zur Realschule Steinberg durch die Stadt Gummersbach vorgenommen werden.

Ursprünglich hatten sich auf dem Steinberg nur 44 Kinder angemeldet. Für die kommende Verbundschule sind hier aber 54 Anmeldungen notwendig. Nach der Umverteilung werden auf dem Steinberg 55 Kinder für das kommende Schuljahr aufgenommen.

Im Anschluss an die Anmeldezahlen erläutert Herr Hüttenbreucker die Pendlerbewegungen und die Übergangsquoten von den städtischen Grundschulen auf die städtischen weiterführenden Schulen.

Er weist darauf hin, dass bei den Übergangsquoten, trotz Wegfall der verbindlichen Empfehlungen, keine wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr festgestellt wurden.

Die jeweiligen Fraktionen nehmen zu den Ausführungen von Herrn Thome und Herrn Hüttenbrecker Stellung.

Der Stadtverordnete Bubenzer begrüßt die positiven Anmeldezahlen an der Gemeinschaftshauptschule Strombach und der Realschule Steinberg im Hinblick auf die geplante Verbundschule. Auch die Anmeldezahlen der Gesamtschule und des Gymnasiums Grotenbach werden durchweg positiv gewertet.

Im Hinblick auf die Anmeldezahlen des Gymnasiums Moltkestraße bestätigt er die Notwendigkeit der Gespräche zwischen Schule und Verwaltung. Die CDU Fraktion sieht sich hinsichtlich der Entwicklung der Anmeldezahlen nachträglich bestätigt, eine Verbundschule einrichten zu wollen.

Der Stadtverordnete Leesch schließt sich in der Bewertung der Anmeldezahlen seinem Vorredner an.

Anschließend bezieht er sich auf einen Presseartikel, in dem die Schulleiterin des Gymnasiums Moltkestraße, Frau Stell-Schleef, geäußert hat, dass der Schule eine Mensa fehle, um somit die Übermittagsbetreuung positiver zu gestalten, was auch zu einer Steigerung der Attraktivität der Schule führen könne.

Weiterhin fragt der Stadtverordnete Leesch nach, ob es bezüglich des MINT Gymnasiums neue Erkenntnisse gebe.

Bürgermeister Helmenstein erörtert, dass in der Vergangenheit im Rahmen des Landesprogramms seitens der Stadt Gummersbach versucht worden war, die städtischen Gymnasien zu Ganztagschulen umzuwandeln. Zu diesem Zeitpunkt hätten dann Landesmittel, z.B. zum Ausbau einer Schulmensa, zur Verfügung gestanden. Allerdings scheiterte diese städtische Initiative am Widerstand der Schulen bzw. Schulkonferenzen. Die im Interview durch Frau Stell-Schleef geäußerte Kritik sei gerade unter diesem Aspekt nicht nachvollziehbar.

Aktuell werden allerdings Gespräche zwischen der Stadt Gummersbach und dem Gymnasium Moltkestraße geführt, um die Gründe für die schwache Anmeldung zu erörtern und gemeinsame Lösungen hierfür zu erarbeiten.

Hierbei hebt Bürgermeister Helmenstein die unterschiedlichen Schwerpunkte der beiden Gymnasien als besondere Stärken hervor. Als Schwerpunkte des Gymnasiums Moltkestraße benennt er vor allen Dingen den musisch-künstlerischen sowie den naturwissenschaftlichen Bereich.

Im Hinblick auf die Entwicklung des MINT Gymnasiums in Gummersbach teilt er mit, dass eine Kooperation mit der MINT Initiative seitens der Stadt Gummersbach gesucht wird. Hierbei soll geprüft werden, ob die Schüler eines MINT-Internats zukünftig in städtischen Schulen beschult werden können. Herr Thome bestätigt in diesem Zusammenhang erste Gespräche zwischen den MINT-Initiatoren und der Stadt Gummersbach.

Herr Dissmann stellt die in der 8. Ratssitzung vom 28.10.2010 beschlossene Maßnahme, die Zügigkeit der Gesamtschule Gummersbach Derschlag von 6 auf 5 Züge zu verringern, in Frage.

Die Gummersbacher Schüler, die an der Gesamtschule abgelehnt wurden, würden somit auf die Standorte Strombach und Steinberg gedrängt.

Während in Derschlag leere Klassenräume entstehen, müssen durch Baumaßnahmen am Standort Steinberg für die kommende Verbundschule unter einem erheblichen Kostenaufwand erst neue Klassenräume geschaffen werden.

Seitens des Stadtverordneten Hannemanns wird der Weg der Gesamtschule als absolut richtig bestätigt.

Der Stadtverordnete Heinen wirft die Frage auf, ob eine weitere Gesamtschule im Stadtgebiet Gummersbach nicht sinnvoll wäre, um somit die Auspendlerbewegung, insbesondere an die Gesamtschule Marienheide, zu vermeiden.

Hierzu nimmt der Beigeordnete Thome dahin gehend Stellung, dass eine generelle Pendlerbewegung aufgrund der jeweiligen Wohnorte der Schüler und der daraus vorhandenen Nähe zu Schulen der Nachbarkommunen unvermeidlich und die geforderte Eingangsstärke von 112 Schülern für eine weitere Gesamtschule aus diesem Grund undenkbar sei.

Stadtverordneter Guist stellt hinsichtlich der Anmeldezahlen des Gymnasiums Moltkestraße fest, dass dies vermutlich auf den negativen Ruf der Schule in der Öffentlichkeit zurückzuführen sei. So wurde ihm zugetragen, dass ein Problem in der Schule ein zu hoher Krankenstand der Lehrerinnen und Lehrer und einem daraus resultierenden Unterrichtsausfall sei.

Bürgermeister Helmenstein wies hier zum einen auf die Tatsache hin, dass 4 von derzeit 5 vakanten Lehrerstellen am Gymnasium Moltkestraße kurzfristig nach besetzt werden und somit dieser Problematik entgegen gewirkt wird, und dass in den kommenden Gesprächen zwischen Schule und Verwaltung diese Problematik aufgearbeitet werden soll.

In der anschließenden Unterbrechung der Sitzung wird den Schulleitungen Gelegenheit

gegeben, ausführlich zu den Anmeldzahlen Stellung zu nehmen.

Nachfolgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Schul- und Sportausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 3

1249/2011

Fortschreibung des städtischen Schulentwicklungsplanes der Schuljahre 2010/2011 bis 2015/2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2024

Vor dem Tagesordnungspunkt 3 werden von der Verwaltung die letzten beiden Seiten des Schulentwicklungsplanes zwecks Austausch an die Ausschussmitglieder verteilt.

Herr Hüttebreucker erläutert, dass die Projektgruppe Bildung und Region dem Wunsch der Verwaltung nunmehr nachgekommen ist und die Empfehlung dahin gehend ergänzt hat, dass die Stadt Gummersbach sich für eine Verbundschule zwischen der Realschule Gummersbach Steinberg und der Gemeinschaftshauptschule Gummersbach Strombach am Standort Steinberg ausgesprochen hat.

Die erforderlichen Beteiligungen anderer Schulen und Kommunen sind erfolgt.

Nachfolgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Rat der Stadt Gummersbach verabschiedet den Schulentwicklungsplan 2010/2011 bis 2015/2016 mit Ausblick auf das Jahr 2024 als Basis für schulorganisatorische Maßnahmen der Stadt Gummersbach.

TOP 4

1248/2011

Einführung von SchülerTickets bei der Stadt Gummersbach

Vor dem Tagesordnungspunkt 4 wird den Ausschussmitgliedern eine Resolution der Elternpflegschaft der Gesamtschule Derschlag durch den Vorsitzenden, Herrn Florkowski, übergeben, in der sich die Elternpflegschaft mit der Einführung und den Rahmenbedingungen des SchülerTickets kritisch auseinandersetzt.

Herr Thome erläutert das geplante Procedere bei der Umstellung auf das SchülerTicket durch den VRS und gibt den Ausschussmitgliedern ein Schreiben der Stadtverwaltung Gummersbach an den Oberbergischen Kreis vom 01.02.2011 zur Kenntnis, in dem die Bedenken der Stadt Gummersbach hinsichtlich der Einführung des SchülerTickets dargelegt werden.

Wesentlicher Inhalt dieses Schreibens ist die Einführung des SchülerTickets ohne Berücksichtigung des Elternwillens. Vor allen Dingen wird die Eingruppierung der Stadt Gummersbach in die vorgesehene Tarif-Standort-Kategorie 1 mit einem Eigenanteil pro Schüler von 12,- € bzw. 9,60 € für Grundschüler in diesem Schreiben abgelehnt.

Weiterhin teilt Herr Thome mit, dass in dem Bereich der Grundschulen von der Einführung des SchülerTickets in Gummersbach nur 11 Schüler betroffen sind. Zur Gleichbehandlung aller Grundschüler schlägt die Verwaltung die Übernahme des Eigenanteils für diese 11 Schüler vor.

In einer weiteren Unterbrechung der Sitzung wird dem Elternpflegschaftsvorsitzenden der

Gesamtschule Gummersbach Derschlag, Herrn Florkowski, dann die Gelegenheit gegeben zur Resolution der Elternpflegschaft Stellung zu nehmen.

Auf Anregung aus der Mitte des Ausschusses wird allen weiterführenden Schulen empfohlen, ebenfalls darüber nachzudenken, mit einer eigenen Resolution Ihren Unmut zur Einführung des SchülerTickets zum Ausdruck zu bringen. Zu diesem Zweck soll den Schulen das Schreiben der Verwaltung vom 01.02.2011 sowie die Resolution der Elternpflegschaft der Gesamtschule zur Kenntnis übersandt werden. Diese Vorgehensweise wird ebenfalls vom Bürgermeister Helmenstein begrüßt.

Nach der anschließenden Diskussion im Ausschuss wird beantragt, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen.

Nachfolgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die Einführung des SchülerTickets zum 01.08.2011 für den Fall, dass der VRS an dem von der Stadt Gummersbach nicht befürworteten System des Schülertickets fest hält.

Der Rat unterstützt ausdrücklich den von der Verwaltung mit Schreiben vom 21.01.2011 erhobenen Einwand an den Oberbergischen Kreis, sowie die Resolutionen der Gummersbacher Schulen hinsichtlich der Einführung des SchülerTickets.

TOP 5 Mitteilungen

Aus gegebenem Anlass gibt der Ausschussvorsitzende Konzelmann einen Überblick über die aktuelle Situation hinsichtlich der Problematik der Amok- und Amokverdachtslagenprävention an Schulen.

Hintergrund ist ein Zeitungsartikel in der Oberbergischen Volkszeitung vom 17.02.2011, in dem der Kreisbauausschuss des Oberbergischen Kreises beschlossen hat, 558.000 Euro für Amok-Präventionen an kreiseigenen Schulen überwiegend für ELA-Anlagen auszugeben. Diese Verpflichtung ergebe sich aus einem Erlass der Bezirksregierung, der die Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes zwischen Schulen und Polizei vorsehe.

Herr Thome gibt seine Verwunderung zu diesem Vorgang, auch unter dem Aspekt, dass der vorgenannte Erlass der Stadtverwaltung Gummersbach nicht bekannt ist, zum Ausdruck.

Stadtverordneter Bubbenzer, ebenfalls Mitglied des Kreisbauausschusses, wird um eine kurze Stellungnahme gebeten.

Er teilt mit, dass seines Erachtens bei diesen Maßnahmen kein entsprechendes Gefährdungspotential durch die Kreispolizeibehörde für die betreffenden Kreisschulen festgestellt wurde.

Für die städtischen Schulen wurde diese Einschätzung eines Gefährdungspotentials explizit durch die Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises gefordert, seitens der Kreispolizeibehörde jedoch nicht bestätigt, womit geplante Einrichtungen von ELA-Anlagen zur Amokprävention bei der Stadt Gummersbach generell nicht möglich sind.

Diese Problematik wird Herr Konzelmann in der nächsten Sitzung des Kreispolizeibeirates beim Oberbergischen Kreis thematisieren.

Nicht öffentlicher Teil :

TOP 6

1250/2011

Empfehlung der Arbeitsgruppe Sportlerehrung / Sport-Ehrenamtspreis über die Auswahl der zu Ehrenden

TOP 7

Mitteilungen

Thorsten Konzelmann
Vorsitzender

Peter Thome
Beigeordneter

Peter Gold
StOI.